Mediendienst

Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt

Bundesvorstand - Pressestelle Olof-Palme-Str. 19 60439 Frankfurt am Main

Verantwortlich Ruprecht Hammerschmidt

Telefon 069-95 737 135 Fax 069-95 737 138

presse@igbau.de www.igbau.de

03.05.2017 - PM 37/2017 Gleichberechtigung

IG BAU: Politik muss Frauenrechte deutlich stärken

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert von der Politik eine deutliche Stärkung der Frauen in Beruf und Gesellschaft. Heute (für die Red.: Mittwoch, 3. Mai 2017) vor 60 Jahren beschloss der Deutsche Bundestag nach scharfen Auseinandersetzungen das erste Gleichberechtigungsgesetz. "Wer die Situation heute mit der vor sechzig Jahren vergleicht, sieht die großen Fortschritte die unsere Gesellschaft in Fragen der Gleichberechtigung von Mann und Frau gemacht hat. Gleichzeitig fällt aber auf, dass in manchen Fragen der Gleichberechtigung seit 60 Jahren Stillstand herrscht", sagte IG BAU-Bundesvorstandsmitglied Ulrike Laux anlässlich des Jubiläums. "Noch immer haben Frauen schlechtere Chancen im Beruf, werden schlechter bezahlt, leiden häufiger unter Existenznöten bis ins Alter. Frauen wird wie vor 60 Jahren noch immer selbstverständlich die Rolle der unbezahlten Care-Arbeiterin in Haushalt und Familie zugeordnet. Das muss endlich ein Ende haben. Wir fordern die partnerschaftliche Teilung der Arbeit zwischen Männern und Frauen - auf allen Stufen der Karriereleiter wie auch bei der unbezahlten Arbeit. Die Politik muss hierfür die Voraussetzungen schaffen."

Die Erwerbstätigkeit von verheirateten Frauen war im Vorlauf des ersten Gleichberechtigungsgesetzes umstritten. Der schließlich erzielte Kompromiss besagte, dass der Ehemann zwar seiner Gattin nicht mehr generell verbieten konnte einen Beruf auszuüben. Eine Frau durfte aber nur dann gegen den Willen des Mannes arbeiten gehen, wenn sie Mann und Kinder nicht vernachlässigte. Gegen eine stärkere Rechtsstellung der Frauen wurde damals schon der grundgesetzliche Schutz der Ehe angeführt.

"Schon früher war kein Argument zu absurd, um Frauen eine echte Gleichberechtigung zu verweigern. Das hat sich bis heute leider nicht geändert", sagte Laux. "Umso stärker werden wir uns in Politik und Betrieben gegen eine strukturelle Benachteiligung wehren".

(1935 Zeichen)

